

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

23. Jahrgang

Berlin, den 23. November 1956

Nummer 47

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte November 1956

Zur internationalen Konjunktur

Die Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Preisstabilität in den fast ausnahmslos im Zeichen einer Vollbeschäftigung stehenden Ländern der westlichen Welt, die auch zu Herbstbeginn, also vor Verschärfung der internationalen Spannungen, noch keineswegs von Erfolg gekrönt waren, werden durch die politische Entwicklung im Nahen Osten zweifellos erschwert. Zwar war die unmittelbare Reaktion auf die politischen Zwischenfälle an den Weltwarenmärkten weit weniger heftig, als nach den Erfahrungen der Korea-Krise befürchtet werden mußte, und zudem sind die Preiserhöhungen der ersten Tage teilweise schon wieder rückgängig gemacht worden. Jedoch sind neue Unsicherheitsmomente in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen getragen worden, die kaum ohne Einfluß auf die allgemeine Preisentwicklung in der westlichen Welt bleiben werden.

Es muß also damit gerechnet werden, daß zu den bisher überwiegend binnenwirtschaftlich, nämlich durch die Diskrepanz zwischen der Lohn- und Gehaltsentwicklung einerseits und der realen Produktion andererseits bedingten Preisauftriebstendenzen nun weitere, in der Außenwirtschaft begründete Kostensteigerungen hinzutreten werden, die bei der gegebenen binnenwirtschaftlichen Konstellation wiederum nicht von der Wirtschaft getragen, sondern an die Abnehmer — Verarbeiter und Verbraucher — weitergegeben werden.

Die Kostensteigerungen im internationalen Schiffsverkehr, die einmal aus der effektiven Verknappung der für kommerzielle Frachten zur Verfügung stehenden Tonnage herrühren und zum anderen durch die längeren Schiffswege und die damit verbundenen zusätzlichen Aufwendungen bedingt sind, werden auch bei anhaltender Entspannung der politischen Lage für mehrere Monate, mindestens bis zur Wiederaufnahme des

Verkehrs durch den Suezkanal, die einzelnen Wirtschaften belasten. Dabei muß die Frage offen bleiben, ob die Preiserhöhungen, die mit diesen Transportkosten motiviert werden, bei sinkenden Frachtraten wieder rückgängig gemacht werden.

Mit weltweiten Versorgungsschwierigkeiten bei agrarischen und industriellen Rohstoffen ist zunächst wohl nicht zu rechnen. Partielle Verknappungserscheinungen, etwa in der Erdölbereitstellung, die hier und da zu Produktionseinschränkungen zwingen können, werden zweifellos auftreten, ebenso dürfte mit einer erneuten Anspannung auf dem internationalen Stahlmarkt zu rechnen sein. Generell wird das bei zum Teil noch wachsenden Kapazitäten auf den Markt kommende Angebot jedoch ausreichen, die Nachfrage zu befriedigen, zumal das wichtigste Industrieland, die Vereinigten Staaten von Amerika, nicht nur im Bereich der privaten Wirtschaft über größere Rohstoffvorräte verfügt, sondern auch die strategischen Rohstoffreserven ergänzende Rohstoffabgaben ermöglichen, um eventuell auftretende Spannungen in der Versorgungslage zu überbrücken. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß in Teilbereichen der Wunsch nach erhöhter Lagerbildung, zum Beispiel in der Bundesrepublik, eine regere Nachfrage auslösen und dadurch Preisanhebungen begünstigen könnte, obwohl allgemein einer überstürzten Nachfrageentfaltung durch die prekäre Gold- und Dollarsituation führender europäischer Volkswirtschaften sehr enge Grenzen gezogen sind.

Diese Krise hat wieder die Nachteile verdeutlicht, die bei einer Abhängigkeit von Lieferungen aus politisch exponierten Gebieten bestehen; dies wird nicht nur zu einer Verschiebung in den gegenwärtig vorherrschenden Handelsbeziehungen führen, sondern auch Änderungen in den langfristigen Entwicklungsplänen für die Er-

schließung neuer Rohstoffvorkommen und den Ausbau der korrespondierenden Absatzmärkte hervorgerufen. Vor allem werden die Vereinigten Staaten, die schon in den letzten Jahren ihre Nachbarländer — Kanada und Lateinamerika — bei der Bereitstellung privater Kapitalmarktmittel bevorzugt haben, ihre Aufmerksamkeit nunmehr verstärkt diesen Gebieten zuwenden, bei denen Liefer- und Transportschwierigkeiten im Falle internationaler politischer Verwicklungen nicht oder nur in geringerem Maße zu befürchten sind. Von solchen Überlegungen werden amerikanische Hilfeleistungen wohl kaum berührt werden, die eher verstärkt in die von der politischen Krise betroffenen Länder, und zwar vor allem in Form von Lieferungen aus den agrarischen Reservebeständen, gegen eine Bezahlung in Landeswährung fließen werden.

Vereinigte Staaten von Amerika

In den Vereinigten Staaten haben sich im Herbst dieses Jahres die expansiven Kräfte leicht verstärkt. Der saisonbereinigte Index der Industrieproduktion nahm seit dem Stahlarbeiterstreik in der Jahresmitte kontinuierlich zu und erreichte im September wieder das Endniveau des Vorjahres. Die Großhandelspreise, deren Aufwärtsbewegung in der Jahresmitte vorübergehend zum Stillstand gekommen war, steigen ab August erneut an. Jedoch war der Wirtschaftsverlauf in den Vereinigten Staaten auch im dritten Quartal noch nicht frei von kontraktiven Gegenbewegungen. So sanken die Ausgaben der Konsumenten für dauerhafte Güter weiter und auch die Lagerinvestitionen gingen zurück und neutralisierten die Auswirkungen des nach wie vor starken Anstiegs der Anlageinvestitionen. Die Abnahme der Lagerinvestitionen war im dritten Quartal allerdings durch den Stahlarbeiterstreik bedingt. Auch wenn die weitere Entwicklung der Konsumentenausgaben für dauerhafte Güter die Erwartungen der Unternehmer, die die Produktion, insbesondere von Automobilen, wieder ausgedehnt haben, rechtfertigt und keine unfreiwilligen Läger gebildet werden, dürfte wegen der jüngsten politischen Ereignisse eine Lageranreicherung stattfinden. Darüber hinaus werden voraussichtlich auch vom öffentlichen Sektor in der gegenwärtigen welt-politischen Situation zusätzliche expansive Impulse ausgehen.

Großbritannien

In Großbritannien konnten in der zweiten Hälfte dieses Jahres die Außenwirtschaftserfolge des ersten Halbjahres 1956, die durch die Drosselung der innerwirtschaftlichen Expansion erreicht wurden, nicht gehalten werden. Obwohl eine fühlbare Belebung der Binnenkonjunktur im Herbst dieses Jahres nicht zu erkennen ist, gingen die britischen Exporte im dritten Quartal gegenüber den beiden Vorquartalen beträchtlich zurück und lagen kaum noch über der Ausfuhr des dritten Quartals 1955. Trotz gleichzeitiger Verringerung der Einfuhr erhöhte sich das Handelsbilanzdefizit vom 2. zum 3. Quartal von 46,4 auf 56,1 Mill. £. In dieser Situation ist der durch die Nah-Ost-Krise verursachte Rückgang der Ein-

nahmen aus der Erdölproduktion besonders schwerwiegend, hatte doch gerade in der ersten Hälfte dieses Jahres der Anstieg der Nettoeinnahmen aus der Erdölproduktion zur Bildung des Zahlungsbilanzüberschusses beigetragen. Es muß deshalb damit gerechnet werden, daß die Zahlungsbilanz in der zweiten Jahreshälfte wieder einen Passivsaldo aufweist, und die Gold- und Dollarreserve möglicherweise stärker zusammenschmilzt, als sie in den ersten sieben Monaten dieses Jahres zugenommen hat.

Die Abnahme der Auftragseingänge in der Werkzeugmaschinenindustrie wie auch die geringeren Bewilligungen von Industriebauten deuten auf eine erhebliche Abschwächung des Investitionsaufschwungs im nächsten Jahr hin. Die gesamtwirtschaftliche Expansion könnte daher, wenn nicht die restriktiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen etwas gelockert werden, schon in näherer Zukunft nicht mehr ausreichen, um eine Vollaussnutzung der zusätzlich geschaffenen Kapazitäten zu gewährleisten. Zudem besteht die Gefahr, daß infolge des nach wie vor starken Lohnauftriebes ein größerer Teil des Sozialprodukts in den Verbrauch fließt und damit der vom Ausmaß der Investitionstätigkeit abhängige Rationalisierungsprozeß behindert wird. Die gegenwärtige außenwirtschaftliche Situation steht jedoch einer Lockerung der restriktiven Maßnahmen, insbesondere einer die Investitionen anregenden Diskontsenkung, entgegen. Schon eine verhältnismäßig geringe Expansionsverstärkung würde die prekäre Außenwirtschaftslage weiter verschärfen. Zudem könnte eine Diskontsenkung den Abfluß kurzfristiger Auslandskredite verursachen, der die Gold- und Dollarreserve zusätzlich schmälern würde.

Westdeutschland

Die politischen und militärischen Ereignisse der vergangenen Wochen haben für die westdeutsche Wirtschaft — soweit bisher zu übersehen — keine unmittelbaren und spontanen Rückwirkungen gefährlicher Art gehabt. Die überraschende Plötzlichkeit und der sich zunächst überstürzende Szenenwechsel der politischen Ereignisse, die die westliche Welt im ersten Ablauf dieser Ereignisse zwischen Hoffnung und Enttäuschung hin- und herwarfen, mögen durch eine in diesem Falle heilsame therapeutische Schockwirkung gerade in Westdeutschland dazu beigetragen haben, daß es nicht zu einer einheitlichen Meinungsbildung mit gefährlichen Reaktionen für die Gesamtwirtschaft kam. Von örtlich begrenzten Hortungserscheinungen abgesehen, die zudem in kürzester Frist wieder abebbten, hat vor allem der Konsument Vernunft bewiesen und wohlweislich darauf verzichtet, seine schlechten Erfahrungen bei den Hortungskäufen anläßlich der Korea-Krise im Jahre 1950 zu wiederholen. Auch die Investoren und Produzenten sowie der Einzel- und der Großhandel zeichneten sich in diesen kritischen Wochen durch ein sehr wohlthuendes Abwarten aus; auch hier kam es weder zu spekulativer Lagerbildung noch zu spekulativ bedingten Verknappungen des Angebots. Mit gewissen Einschränkungen kann sogar der empfindlichste

und auf politische Ereignisse am schnellsten reagierende Indikator, nämlich die westdeutsche Börse, als ein Indiz für diesen vernünftigen Attentismus der Wirtschaft gelten, denn die Kurseinbrüche des Aktien- und Obligationenmarktes gingen weitgehend auf Verkäufe des Auslandes zurück, während der inländische Wertpapierbesitzer an seinem Besitz festhielt.

Diese Immunität der westdeutschen Wirtschaft gegenüber plötzlich und unerwartet auftretenden starken exogenen Faktoren besagt naturgemäß noch nichts über jene konjunkturellen Wirkungen, die Zeit brauchen und erst im Ablauf eines durch exogen veränderte Daten beeinflussten Prozesses wirksam werden. Trotz der Unsicherheiten, die in den großen Gegensätzen zwischen West und Ost begründet sind und jede Prognose mehr denn je erschweren, kann jedoch auf Grund der schwerwiegenden Fakten der jüngsten Vergangenheit unterstellt werden, daß einige wesentliche Daten des westdeutschen Konjunkturverlaufs sich bereits geändert haben und diesen Wandel auch dann beibehalten werden, wenn — was hier als selbstverständlich angenommen wird — der Frieden erhalten bleibt.

Die jüngsten Ereignisse trafen in Westdeutschland auf eine konjunkturelle Konstellation, die gemeinhin als labil bezeichnet wird, d. h. auf eine Situation, die von sehr gegensätzlichen Kräften bestimmt wird, von denen wiederum die unerwünschten und allgemein für die Preisentwicklung gefährlichen Expansionsfaktoren stärker als die erwünschten expansiven Faktoren der auf Optimierung der Erzeugung gerichteten Kräfte sind. Diese für Preissteigerungen zumindest empfindliche und anfällige Situation hat durch die sich international anbahnenden Preissteigerungen für einige Schlüsselprodukte (Erdöl) zweifellos zusätzliche Impulse erhalten. Die Möglichkeiten der westdeutschen Wirtschaft, auf Grund eigener Vorräte oder eigener Erzeugung internationalen Verknappungserscheinungen zu begegnen, sind beschränkt. Zwar ist die Bevorratung an Auslandsrohstoffen, wie die Entwicklung der Rohstoffeinfuhrmengen in diesem und in den vergangenen Jahren zeigt, keineswegs prekär, aber die Einfuhr vor allem an gewerblichen Rohstoffen diene im wesentlichen doch der laufenden Erzeugung und laufenden Verarbeitung und nicht der Vorratsbildung. Es wäre jedenfalls abwegig, die Tatsache, daß die Rohstoffeinfuhrmengen in ihrem Zuwachs ständig über dem Zuwachs der industriellen Weiterverarbeitung gelegen haben, als Ausdruck einer bewußten Vorratspolitik zu werten. Gerade die Entwicklung in diesem Jahre deutet eher auf das Gegenteil hin. Die Zuwachsrate der Einfuhrmengen an gewerblichen Rohstoffen liegt zwar weiterhin über der stark verringerten Zuwachsrate der industriellen Erzeugung, aber die Verlangsamung im Zuwachs der Einfuhrmengen ist noch stärker als die Verlangsamung im Fortschritt der industriellen Weiterverarbeitung. Die Gründe für die fehlende oder jedenfalls nur sehr bedingte Vorratspolitik der westdeutschen Wirtschaft in den vergangenen Monaten waren nicht nur binnenwirtschaftlicher Natur, d. h. sie lagen nicht

nur in den seit längerem und besonders jetzt wieder verstärkt diskutierten Finanzierungsschwierigkeiten des Importhandels und der verarbeitenden Industrie, sondern sie lagen nicht minder auch in der allgemeinen Situation der internationalen Rohstoffmärkte vor Ausbruch der jüngsten Konflikte. Die hier bestimmenden Preistendenzen zeichneten sich gerade für die gewerblichen Rohstoffe im Gegensatz zu den nach oben gerichteten Preistendenzen in den industriellen Verarbeitungsländern durch eine bemerkenswerte und seit Mitte vergangenen Jahres anhaltende Preisstabilität aus, wobei in den vergangenen Monaten die Preiserwartungen eher auf eine Senkung als auf Steigerung der Rohstoffpreise internationaler Provenienz gerichtet waren. Ein derart ruhiges Preisklima, das durch ein reichliches und stetig wachsendes Angebot bei eher zurückhaltender Nachfrage bedingt war, trug naturgemäß entscheidend dazu bei, die inländische Lagerhaltung sowohl bei den Importeuren als auch bei den Verarbeitern auf dem niedrigst möglichen Stand zu halten. Es fehlte jeglicher spekulative Anreiz, die Lagerhaltung über das für den laufenden Bedarf notwendige Ausmaß zu erhöhen, während umgekehrt der Anreiz, auf eigene Lagerhaltung zu verzichten und die benötigten Rohstoffe kurzfristig aus dem Ausland abzu-disponieren, schon aus Gründen der Einsparung von Kreditkosten groß war. Die Abhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft von etwaigen internationalen Preisausschlägen, d. h. von haussierenden Rohstoffmärkten, hat sich also keineswegs verringert. Westdeutschland verfügt zwar über hohe und offensichtlich stetig weiter wachsende Gold- und Devisenbestände, aber der hierdurch mögliche Rückgriff auf die Weltrohstoffmärkte könnte bei etwaigen Rohstoffhaussen kostspieliger werden als dies im Rahmen einer über den laufenden Bedarf hinausgehenden Vorratspolitik in der Vergangenheit der Fall gewesen wäre.

Die gegenwärtige konjunkturelle Konstellation der Binnenmärkte ist jedenfalls wenig geeignet, etwaige vom Ausland kommende zusätzliche Preissteigerungen, auch wenn sie nur partieller Natur sind, zu verkraften, d. h. für die Entwicklung der Binnenpreise und des allgemeinen Preisniveaus nicht wirksam werden zu lassen. Die Gründe für diese erhöhte Anfälligkeit des allgemeinen Preisniveaus sind heute — trotz aller Dämpfungerscheinungen — die gleichen wie vor Monaten. Auf der Güterseite halten die Tendenzen zur Verlangsamung des Fortschritts an, ja sie verstärkten sich so, daß die industrielle Gesamt-erzeugung bereits seit Monaten stagniert, während auf der Seite der nominalen Einkommensentwicklung die Expansion weiter anhält.

Die zu Disproportionalitäten und zu einem Ungleichgewicht tendierende Entwicklung von Investition und Verbrauch hat auch in der monetären Entwicklung schon seit längerem ihren entsprechenden Niederschlag gefunden. Die Anstrengungen und Versuche der monetären Instanzen, hier korrigierend einzugreifen, mußten in dem Augenblick unwirksam werden und sich als ver-

geblich erweisen, in dem die Autonomie der Masseneinkommen nicht nur gegenüber der Entwicklung der Erzeugung, sondern auch gegenüber restriktiven Maßnahmen des Zentralbanksystems offenkundig wurde. Hinzukam und kommt heute in wachsendem Maße der gegenüber dem Vorjahr völlige Wandel der Liquiditätssituation der Banken, die inzwischen infolge des ständig hochaktiven Außenhandels über einen potentiellen Kreditspielraum wachsenden Umfangs verfügen, ohne bei etwaiger Ausnutzung dieser Möglichkeiten auf die Refinanzierung des Zentralbanksystems angewiesen zu sein. Tatsächlich werden diese potentiellen Möglichkeiten weder von den Banken als Kreditgeber noch von der Wirtschaft als Kreditnehmer ausgenutzt. Die Wirtschaft hat zu einem Teil andere Finanzierungsmöglichkeiten gefunden, so für die Kurzkredite im Ausland und für die langfristigen Kredite — paradoxerweise — auf dem Kapitalmarkt, wobei zum ersten Male der private Sparer als nennenswerter Kreditgeber der Wirtschaft aufgetreten ist. Wichtiger und vor allem für die weitere Entwicklung von stärkerer Bedeutung als diese wahrscheinlich mehr oder weniger kurzfristigen Sondererscheinungen sind jedoch jene Wandlungen, die die Geldkapitalbildung zwar nicht in ihrer Gesamt-

größe, wohl aber in ihrer Struktur erfahren hat. Der Zuwachs dieser Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten steht an sich durchaus in angemessener Relation zur Kreditgewährung der Kreditinstitute. Für diesen Zuwachs ist jedoch schon seit längerem nur noch die Termineinlage im wesentlichen allein bestimmend, also eine Form der Geldvermögensbildung, die auf seiten des Anlegers nur einen sehr bedingten Liquiditätsverzicht bedeutet und von den Kreditinstituten selbstverständlich als ungeeigneter Gegenposten einer längerfristigen Kreditgewährung betrachtet wird. Da die Geldkapitalbildung im eigentlichen Sinne, also vor allem der Absatz an Pfandbriefen und Kommunalobligationen, aber auch die Spareinlagen zurückgegangen sind, hat sich der Kreditspielraum der Institute des langfristigen Aktivgeschäftes außerordentlich verengt und steht in keinem rechten Verhältnis mehr zu dem hohen Kreditbedarf vor allem des sozialen Wohnungsbaus, der nach dem Willen des Staates nicht eingeschränkt werden soll. Ob das jetzt vorgesehene Mittel der Steuervergünstigung geeignet ist, die gekennzeichneten strukturellen Wandlungen der Geldvermögensbildung mit ihrem starken Hang zur Liquidität zu überwinden, wird die Erfahrung zeigen.

Die Außenhandelsverflechtung der SBZ mit den Ostblockländern

Der deutsche Osthandel

Die ost- und südosteuropäischen Staaten nahmen im Außenhandel des Deutschen Reiches der Vorkriegszeit eine gewichtige Stellung ein, da der

Der Außenhandel Deutschlands mit Osteuropa
in vH der Gesamteinfuhr bzw. -ausfuhr

Spezialhandel (reiner Warenverkehr)	Deutsches Reich		Bundesrepublik (einschl. West-Berlin)	SBZ (einschl. Ost-Berlin)	Bundesrepublik und SBZ ²⁾
	1930	1936			
Einfuhr					
Europ. Ostblockländer ¹⁾	15,3	13,7	2,2	71,1	13
darunter UdSSR	5,8	3,5	0,6	40,6	7
Sonstige Länder	84,7	86,3	97,8	29,0	87
Ausfuhr					
Europ. Ostblockländer ¹⁾	14,5	13,2	2,0	72,8	12
darunter UdSSR	5,0	3,9	0,6	45,2	7
Sonstige Länder	85,5	86,8	98,0	27,2	88

¹⁾ UdSSR (einschl. Baltische Staaten), Albanien, Bulgarien, Polen (einschl. Danzig), Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn. — ²⁾ Fundierte Schätzung.

Die Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegszeit brachten eine völlige Wandlung nicht nur der Wirtschaftsstruktur Ost- und Südosteuropas, sondern auch der außenwirtschaftlichen Beziehungen untereinander und zu den großen Weltmärkten. Die Spaltung Deutschlands ergab gleichzeitig auch eine Neuorientierung im Außenhandel der beiden deutschen Wirtschaftsräume. Der Warenaustausch der Bundesrepublik (einschl. West-Berlin) wickelte sich fast ausschließlich mit dem westlichen Weltmarkt ab. Dem sowjetzonalen Außenhandel fiel fast automatisch der Handel mit dem Osten und Südosten zu, und die Entwicklung von Einfuhr und Ausfuhr 1950—1955 zeigt für die Zonenwirtschaft eine eindeutige Schwergewichtverlagerung. Während aber die Bundesrepublik den intensivsten Handelsaustausch mit ihren unmittelbaren westlichen, südlichen und nördlichen Nachbarn abwickeln kann, muß die SBZ den Warenaustausch zu 52 vH mit geographisch abgelegeneren Gebieten (UdSSR und China) bestreiten und ist damit für eine sinnvolle Weiterentwicklung der internationalen Arbeitsteilung stark im Nachteil.

Handelsaustausch mit ihnen nicht nur aus wirtschafts- und allgemeinpolitischen Gründen, sondern insbesondere wegen der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur für die deutsche Volkswirtschaft eine echte Partnerschaft bedeutete.

Der heutige deutsche Wirtschaftsraum (Bundesrepublik, SBZ und Berlin) zeigt in seiner Gesamtheit — bei aller Vorsicht in der Zusammenfassung des Zahlenmaterials —, daß im Jahre 1955 Deutschland zwar die Handelsintensität mit dem osteuropäischen Wirtschaftsraum gegenüber der Vorkriegszeit noch nicht wieder erreicht hat, daß aber die Sowjetunion ihren Anteil wegen des

verstärkten Einflusses auf die sowjetzonale Wirtschaft sogar erhöhen konnte.

Die Struktur des sowjetzonalen Außenhandels nach Ländern und Warengruppen

Vor kurzem wurde im „Statistischen Jahrbuch der DDR 1955“ Zahlenmaterial über die wirtschaftliche Entwicklung der SBZ veröffentlicht. Auf dem Gebiete des Außenhandels¹⁾ sind außer der wertmäßigen Aufgliederung nach Warengruppen und Weltmärkten 1950—1955 und einer Darstellung der Ein- und Ausfuhr nach Ländern 1953—1955 leider keine weiteren Angaben enthalten; insbesondere fehlen bei der Ein- und Ausfuhr die Mengenangaben der einzelnen Waren.

Die Bedeutung der einzelnen Ostblockländer für die Ein- und Ausfuhr der SBZ in Mill. Rubel

Länder	1953		1954		1955	
	E	A	E	A	E	A
UdSSR	1833	1734	1826	2347	1688	2063
Polen	448	434	447	535	459	495
Tschechoslowakei	233	226	308	292	283	375
Ungarn	137	170	192	188	248	184
Rumänien	60	125	86	103	152	99
Bulgarien	72	80	99	95	124	85
Albanien	4	12	3	10	5	25
Europ. Ostblock	2787	2781	2961	3570	2959	3326
China	212	241	270	391	347	390
Vietnam, Korea	—	29	—	47	0	37
Ostblock insgesamt	2999	3051	3231	4008	3306	3753
Westl. Welt (einschl. Jugoslawien)	680	540	738	693	860	814
Sämtliche Länder	3679	3591	3969	4701	4166	4567

Mit den gebotenen Vorbehalten bei der Auswertung der sowjetzonalen Außenhandelsstatistik zeigt aber die Aufgliederung der Ein- und Ausfuhr nach Ländern für die Jahre 1953—1955 deutlich das Bild eines politisierten Handels. Die Sowjetunion ist offenbar bis heute streng darauf bedacht gewesen, das mitteldeutsche Wirtschaftspotential maximal auszunutzen, was u. a. durch ständige Exportüberschüsse der SBZ gegenüber der UdSSR zum Ausdruck kommt. Der im Jahre 1953 ausgewiesene Einfuhrüberschuß ist auf den damals gewährten sowjetischen Kredit zurückzuführen, demzufolge verstärkt Waren (insbesondere Eisenerze, Erzeugnisse der eisenschaffenden Industrie, Landmaschinen, Getreide, Fette und Baumwolle) zur Behebung der akuten Knappheit eingeführt werden konnten; der Passivsaldo von rd. 100 Mill. Rubel dürfte jedoch unter Berücksichtigung der im Verhältnis zu den Importen schlechten Bezahlung sowjetzonaler Exporte zumindest aufgewogen werden, wenn man Weltmarktpreise zugrunde legt. Die Handelsbilanz mit den europäischen Volksdemokratien insgesamt ist dagegen in den vergangenen Jahren nahezu ausgeglichen gewesen. Im einzelnen standen z. B. im letzten Jahre den Ausfuhrüberschüssen mit Polen, der Tschechoslowakei und Albanien Einfuhrüberschüsse mit Ungarn, Rumänien und Bulgarien gegenüber. Von letzteren wurden im Zuge der seit einiger Zeit forcierten Arbeitsteilung innerhalb des Ostblocks neben Lebensmitteln vor-

¹⁾ Ohne Reparationslieferungen

wiegend Roh- und Grundstoffe (z. B. Bauxit, Erdöl, verschiedene Erze) für die industrielle Materialversorgung bezogen. Ausfuhrüberschüsse sind dann ebenfalls gegenüber China und insbesondere den Entwicklungsländern im asiatischen, afrikanischen und südamerikanischen Raum erzielt worden. Um auf diesen Märkten festen Fuß zu fassen und die Ausfuhr z. B. nach der Türkei, Ägypten, Indonesien und den südamerikanischen Staaten wesentlich zu erhöhen, ist sogar auf die Ausweitung des Handels mit den europäischen Ostblockländern — allein die Ausfuhr nach der Sowjetunion wurde 1955 gegenüber 1954 um insgesamt 300 Mill. Rubel reduziert — verzichtet worden.

Die Warenstruktur des Außen- und Interzonenhandels der SBZ im Jahre 1955 in Mill. Rubel

Art der Erzeugnisse	„Demokratischer Weltmarkt“ ¹⁾	Westliches Ausland	Interzonenhandel	Alle Länder und Westdeutschland
E i n f u h r				
Grundstoffindustrie	1 418	161	230	1 809
Metallverarbeitende Industrie	87	34	99	220
Leicht- und Lebensmittelindustrie.	1 102	391	142	1 635
Land- und Forstwirtschaft	706	268	53	1 027
Einfuhr insgesamt	3 313	854	524	4 691
A u s f u h r				
Grundstoffindustrie	777	366	318	1 461
Metallverarbeitende Industrie	2 761	259	70	3 090
Leicht- und Lebensmittelindustrie.	207	174	137	518
Land- und Forstwirtschaft	16	7	21	44
Ausfuhr insgesamt	3 761	806	546	5 113

¹⁾ Gesamter Ostblock einschl. Jugoslawien.

Die Struktur des sowjetzonalen Außenhandels nach Warengruppen entspricht der aller europäischen Industriestaaten: die Einfuhr besteht zu rd. zwei Dritteln aus Waren der Ernährungswirtschaft und Rohstoffen. Ausgeführt werden dagegen überwiegend gewerbliche Fertigwaren; der Anteil der Fertigwaren ist in der SBZ 1955 sogar mit 81 gegen 77 vH höher als in der Bundesrepublik. Die Aufgliederung der Warenstruktur erfolgt im „Statistischen Jahrbuch der DDR“ für die Jahre 1950—1955 sowohl nach Erzeugnisgruppen analog der Industriestatistik wie nach „Weltmärkten“, also „Demokratischer Weltmarkt“ (einschl. China, Korea, Vietnam und Jugoslawien), „Kapitalistisches Ausland“ und „Innerdeutscher Handel“. Industrielle Grundstoffe, Nahrungsmittel, Gebrauchsgüter und forstwirtschaftliche Erzeugnisse werden zu rd. 70 vH aus dem Osten eingeführt. Bemerkenswert ist allerdings für die Jahre 1950, 1951 und 1955 die verhältnismäßig größere Einfuhr von Waren der Erzeugnishauptgruppe „Metallverarbeitende Industrie“ aus dem Westen; so bezog die Zone z. B. 1950 für 16 Mill. Rubel Metallwaren aus Westdeutschland und Westeuropa — das sind zwei Drittel der Metallwaren-Einfuhr — und 1955 für

53 Mill. Rubel Maschinen — also mehr als drei Viertel der ganzen Maschinen-Einfuhr — aus dem Westen. Im Export überwiegt der Ostblock noch mehr als beim Import. Vom gesamten Warensortiment, das in den letzten drei Jahren nach dem Osten ausgeführt wurde, entfielen dabei knapp drei Viertel auf Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie. Die Struktur des Ostexportes hat sich jedoch in den letzten drei Jahren etwas verschoben. Während von 1953 bis 1955 der Export von Maschinen, elektrotechnischen und feinmechanischen Erzeugnissen anteilmäßig etwas zurückgegangen ist — die Maschinenausfuhr hat an der Gesamtausfuhr im Jahre 1955 aber immer noch einen Anteil von 1,2 Mrd. Rubel oder 31,5 vH —, sind Erzeugnisse des Land- und Wasserfahrzeugbaues und der Chemie stärker in den Vordergrund getreten. Die Verhältniszahlen zeigen die große Bedeutung, die die SBZ für den industriellen Aufbau des gesamten Ostblockes und damit für den reibungslosen Ablauf des dortigen Investitionsprogramms gewonnen hat.

Gefahren für die SBZ durch Mängel der Arbeitsteilung im Ostblock

Der in diesem Jahre feststellbare Rückgang des Wirtschaftswachstums der SBZ muß sich beträchtlich auf den Außenhandel mit dem Ostblock auswirken. Der Rückgang im Wachstum hat nicht nur endogene, sondern auch exogene Ursachen. Das zügige Anlaufen des zweiten Fünfjahrplanes wurde bereits zu Jahresbeginn durch die anhaltende Schlechtwetterperiode stark verzögert. Als weitere Schwierigkeit kam die zwar im allgemeinen geplante, aber in ihren Einzelheiten noch nicht genügend ausgearbeitete Abstimmung der Produktionsprogramme aller Ostblockstaaten hinzu. Erst auf der Ost-Berliner Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe im Mai 1956 und durch zwei- und mehrseitige Abkommen der Partnerländer wurde eine differenzierte Abstimmung der Produktionsstruktur für die laufende Fünfjahrplanperiode vereinbart. Die eingeleitete Spezialisierung der Produktion, bei der die SBZ auf die Herstellung bestimmter Waren verzichten und diese dafür entsprechend einführen muß, birgt neben den Vorteilen planwirtschaftlicher Integration auch große Gefahren in sich. Bei irgendwelchen Stockungen im Produktionsprozeß nur in einem Land werden wegen der systembedingt ungenügenden Lagerhaltung und der Schwerfälligkeit der Planbürokratie die Pläne aller Partner in Mitleidenschaft gezogen.

Der SBZ war bei der Abstimmung die Aufgabe zugefallen, neben der Entwicklung der Schwerchemie auf Braunkohlenbasis und dem weiteren Ausbau der Elektrotechnik und Feinmechanik/Optik vor allem den Schwermaschinenbau zu intensivieren. Wenn der Bericht über die Planerfüllung des dritten Quartals 1956 ein empfindliches Nachhinken gerade dieses Industriezweiges feststellt, liegt der Grund hierfür nicht zuletzt darin, daß die Ereignisse in Polen die Steinkohlen- und Koksversorgung der SBZ erheblich gestört haben. Weit mehr als die Hälfte des Steinkohlen- und Koksbedarfes der sowjetzonalen Wirtschaft wird nämlich durch Einfuhr aus Polen gedeckt. Die Unruhen in Ungarn wiederum müssen sich unmittelbar auf die Aluminiumproduktion auswirken, da der hierfür erforderliche Rohstoff Bauxit ausschließlich von dort bezogen wird.

Durch die mit Änderungen der Wirtschaftspläne verbundenen Selbständigkeitsbestrebungen einiger Staaten Osteuropas wird für die Zukunft die grundsätzliche Frage nach der Funktionsfähigkeit des zukünftigen arbeitsteiligen Wirtschaftsprozesses im gesamten Ostblock aufgeworfen. Auch bei weitgehender Auflösung der bisherigen politischen Bindungen ist ein völliger Zusammenbruch einzelner östlicher Nationalwirtschaften ebenso wenig zu erwarten wie ein solcher der sowjetzonalen Wirtschaft. Bei der gegenwärtigen Struktur dieser Volkswirtschaften kann es jedoch durch Abwandlungen einzelner Wirtschaftspläne zu erheblichen Friktionen in allen Teilen des Ostblocks kommen. Ebenso wie die SBZ im Jahre 1954 nach Fortfall der laufenden Reparationslieferungen die für den Export frei gewordenen Kapazitäten im Maschinenbau nicht hatte ausnutzen können, weil die Nachfrage auf Grund des „Neuen Kurses“ im Ostblock zurückging, könnten auch heute wieder Exportstockungen auftreten. Auf längere Sicht würden sich sowohl Engpässe bei der Grundstoffeinfuhr wie Absatzschwierigkeiten auf die Leistungsfähigkeit der ganzen Industrie der SBZ auswirken und die vorgesehenen Wachstumsraten erheblich schmälern. Dies müßte durch Ausfall gewisser Lebensmittel- und Verbrauchsgüterimporte auch Rückwirkungen auf den privaten Verbrauch der SBZ haben, wenn auch nicht in allzu starkem Maße, da z. B. 1955 der Anteil solcher aus Osteuropa eingeführten Waren an der Gesamtversorgung nur etwa 3 bis 5 vH ausmachte.

20 FEB 1957

Gegenstand	Gebiet*)	Einheit †)	1955						1956									
			Jul	Aug	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Jul	Aug.	Sept.	
Anzahl der Werktage			26	26,9	26	26	24,4	26	25,7	25	26	24	23,2	26	26	26,9	25	
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit																		
Beschäftigte 1)	BRD	1000	E	.	.	17807	.	.	17384	.	.	17531	.	.	18392	.	.	18609
darunter weibliche	W-B	"	"	.	.	826	.	.	802	.	.	800	.	.	842	.	.	860
Arbeitslose bei den Arbeitssütern 2)	BRD	vH	"	.	.	32,5	.	.	33,1	.	.	33,1	.	.	32,8	.	.	33,1
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern 3)	W-B	"	"	.	.	41,0	.	.	41,3	.	.	42,1	.	.	41,1	.	.	41,6
Unterstützte Arbeitslose 4)	BRD	1000	"	567	512	495	510	603	1046	1253	1827	1019	635	539	479	430	409	411
Arbeitsunfähige Kranke 5)	W-B	"	"	125	118	116	117	125	140	138	155	139	120	114	108	100	94	91
Offene Stellen b. d. Arb.-Ämtern	BRD	vH	"	3,1	2,8	2,7	2,8	3,3	5,7	6,8	9,9	5,5	3,4	2,9	2,5	2,3	2,2	2,2
	W-B	"	"	13,2	12,5	12,3	12,5	13,3	14,8	14,6	16,5	14,8	12,7	12,1	11,3	10,5	9,9	9,5
	BRD	1000	M	494	440	402	403	446	690	1030	1523	1134	603	476	416	365	336	329
	W-B	"	M	89	79	76	79	86	102	110	120	113	96	92	85	75	66	65
	BRD	"	E	578	606	621	633	607	658	730	924	678	613	561	590	604	621	.
	W-B	"	"	244	247	240	210	160	126	163	171	285	258	256	260	252	252	236
	W-B	"	"	5,4	4,9	4,6	4,5	3,5	2,4	5,0	3,3	5,0	4,8	4,3	4,8	6,1	6,2	5,7
Beschäftigung d. Industrie 6)																		
Beschäftigte, gesamte Industrie	BRD	1000	E	6644,9	6729,1	6771,5	6808,9	6822,9	6755,5	6776,8	6763,0	6823,3	6963,7	7005,4	7020,5	7057,8	7097,9	7101,4
dar.: Bergbau	"	"	"	649,1	646,8	643,5	641,8	642,1	642,2	642,8	644,2	646,9	658,4	657,8	656,6	656,1	656,7	656,9
Steine und Erden	"	"	"	271,1	272,9	271,4	267,3	259,3	243,5	230,8	201,0	229,3	269,1	279,2	281,7	283,1	282,5	279,4
Eisen und Stahl	"	"	"	224,1	227,4	229,0	228,7	229,8	229,8	232,0	232,8	234,6	237,4	239,7	240,9	242,6	244,6	244,8
NE-Metalle	"	"	"	71,8	72,3	72,4	72,2	72,5	72,2	72,6	72,9	72,7	73,2	73,3	73,4	73,6	73,6	73,4
Stahlbau	"	"	"	161,9	164,8	165,6	167,7	168,8	167,2	168,6	167,8	168,7	172,6	173,2	173,9	174,8	176,9	174,7
Maschinenbau	"	"	"	714,3	725,7	731,7	735,9	740,2	739,7	746,8	755,6	759,8	784,8	790,5	791,8	795,1	797,3	796,7
Fahrzeugbau	"	"	"	293,5	297,6	300,2	299,1	298,2	296,9	301,6	305,5	310,2	314,6	315,9	315,4	314,4	314,3	310,9
Schiffbau	"	"	"	83,4	84,4	85,4	86,1	86,1	86,3	87,4	87,7	87,8	90,8	91,7	92,1	92,2	93,6	93,3
Elektrotechnik	"	"	"	473,1	482,4	489,6	493,8	497,0	494,2	498,8	500,0	503,5	512,5	515,9	518,2	521,6	527,0	528,2
Feinmechanik und Optik	"	"	"	128,8	130,2	131,1	131,9	132,6	132,5	133,5	134,5	134,9	137,2	138,1	138,1	138,5	138,7	138,5
Eisen-, Blech- u. Metallwaren	"	"	"	335,5	338,8	340,0	342,0	344,0	341,1	344,8	345,3	345,5	350,2	352,2	352,9	353,7	354,4	354,4
Chemie	"	"	"	366,3	370,5	371,3	371,9	372,9	371,6	373,3	375,4	378,2	383,0	385,1	386,7	388,2	391,4	391,5
Holzverarbeitung	"	"	"	208,0	209,8	211,1	213,4	214,7	212,6	213,7	211,6	212,3	214,9	215,9	217,1	218,5	219,7	220,2
Textil	"	"	"	624,4	629,6	632,2	635,4	638,2	635,0	633,7	631,0	638,3	637,9	637,8	639,4	641,1	641,4	641,4
Bekleidung	"	"	"	272,6	277,5	282,5	286,5	288,2	285,1	290,4	292,8	292,6	300,0	300,7	300,8	300,8	304,3	308,2
Nahrungsmittel	"	"	"	280,1	292,7	298,9	311,8	310,3	290,0	285,3	275,4	272,4	275,9	284,0	287,8	299,8	311,5	.
Genußmittel	"	"	"	140,9	142,0	142,2	142,9	144,0	143,2	134,7	141,5	142,2	143,0	143,7	143,7	144,0	143,7	.
Beschäftigte, gesamte Industrie	"	1949 = 100	"	144,3	146,1	147,0	147,8	148,1	146,6	146,2	145,9	147,2	150,1	151,0	151,3	152,1	153,0	153,1
Produktionsgüterind.	"	"	"	149,5	151,2	151,9	152,2	152,4	151,4	151,5	151,1	153,2	156,9	158,0	158,3	158,9	159,5	159,1
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	136,9	139,1	140,5	142,2	142,7	140,3	139,1	138,9	138,7	140,5	141,1	141,5	142,8	144,2	145,1
Darunter Arbeiter 7)																		
Gesamte Industrie	BRD	1000	E	5559,8	5632,5	5668,9	5701,3	5709,8	5642,6	5650,8	5631,6	5685,0	5800,6	5834,4	5846,2	5877,8	5909,6	.
Produktionsgüterindustrien	"	1949 = 100	"	143,0	144,9	145,8	146,6	146,8	145,1	144,5	144,0	145,4	148,4	149,3	149,6	150,4	151,2	.
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	146,3	147,9	148,5	148,7	148,8	147,6	147,4	146,8	149,0	152,6	153,6	153,9	154,4	154,8	.
	"	"	"	136,4	138,8	140,3	142,2	142,7	139,9	138,5	138,2	138,0	139,7	140,4	140,7	142,2	143,7	.
Geleistete Arbeiterstunden																		
Gesamte Industrie	BRD	Mill.	S	1035,3	1055,1	1099,6	1106,2	1105,5	1103,9	1075,1	1026,9	1078,9	1060,9	1070,3	1099,1	1078,8	1099,7	1079,6
Produktionsgüterindustrien	"	1949 = 100	"	146,1	148,9	155,2	156,1	156,0	155,8	150,8	144,0	151,3	148,7	150,0	154,0	151,2	154,1	151,3
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	151,5	152,7	157,7	158,5	157,2	158,4	155,0	147,0	155,2	153,8	154,8	160,8	157,2	158,5	154,7
	"	"	"	136,5	142,3	151,0	152,2	154,2	151,4	143,5	139,0	144,6	140,1	142,0	142,4	141,0	147,0	146,0
Tägliche Arbeitszeit 8)																		
Gesamte Industrie	BRD	Std.	D	7,16	6,96	7,46	7,46	7,93	7,52	7,40	7,29	7,30	7,62	7,91	7,23	7,06	7,44	.
Produktionsgüterindustrien	"	1949 = 100	"	100,6	97,8	104,8	104,8	111,4	105,6	103,9	102,4	102,5	107,0	111,1	101,5	99,1	104,4	.
Verbrauchsgüterindustrien	"	Std.	"	7,27	7,00	7,45	7,47	7,90	7,53	7,46	7,30	7,30	7,65	7,92	7,33	7,14	7,47	.
	"	1949 = 100	"	101,2	97,4	103,7	104,0	110,0	104,8	103,8	101,6	101,6	106,5	110,3	102,1	99,5	104,1	.
	"	Std.	"	6,95	6,89	7,48	7,44	8,01	7,52	7,29	7,27	7,29	7,55	7,88	7,04	6,90	7,40	.
	"	1949 = 100	"	97,8	97,0	105,3	104,7	112,7	105,8	102,6	102,3	102,6	106,3	110,9	99,1	97,1	104,1	.
Industr.Arbeitsproduktivität 9)																		
je Beschäftigten																		
Gesamte Industrie	BRD	1949 = 100	D	153,6	150,8	164,4	168,2	177,0	165,4	158,4	156,1
Produktionsgüterindustrien	"	"	"	159,4	154,4	167,1	167,6	174,0	165,1	163,4	156,3
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	148,9	153,3	177,8	180,2	191,6	174,5	164,2
Nahrungs- u. Genußmittelind.	"	"	"	130,4	128,8	132,0	154,5	173,3	157,5	126,1	121,0
je Arbeiterstunde																		
Gesamte Industrie	BRD	1949 = 100	D	154,6	156,0	158,7	162,2	160,7	158,7	154,7	153,8
Produktionsgüterindustrien	"	"	"	158,8	159,6	162,4	162,4	159,6	159,1	159,4	159,0
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	153,6	160,0	168,7	172,1	170,5	166,3	160,0	159,9
Nahrungs- u. Genußmittelind.	"	"	"	132,0	130,0	127,2	147,8	152,7	147,2	126,7	123,4
Stundenverdienste d. Arbeiter																		
Lohnempfänger insgesamt	BRD	Pf	D	.	178,8	.	.	183,5	.	.	191,1	.	.	197,1	.	.	198,7	.
männliche Arbeiter	"	1949 = 100	"	150,5	151,1	152,5	153,8	155,1	157,3	159,4	161,5	163,2	164,9	166,6	167,1	167,5	168,0	.
we																		

Gegenstand	Einheit†)		1955					23. FEB. 1957								1956				
			Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.				
Ver. Staaten von Amerika																				
Bruttosozialprodukt	Mrd. \$	24)	.	396,8	.	.	401,9	.	.	403,4	.	.	408,3	.	.	413,0				
Privater Verbrauch	"	24)	.	257,8	.	.	259,5	.	.	261,7	.	.	263,7	.	.	267,0				
Bruttoinvestition, privat einschl. Außenbeitrag	"	24)	.	62,5	.	.	64,3	.	.	63,2	.	.	65,9	.	.	65,7				
Öffentlicher Bedarf	"	24)	.	76,5	.	.	78,1	.	.	78,5	.	.	78,7	.	.	80,3				
Beschäftigte, gesamt ¹⁾	1000	E	65488	64733	65161	64807	64165	62891	62576	63078	63990	65238	66503	66655	66752	66071				
Arbeitslose	"	"	57952	56858	57256	57887	58281	57256	57107	57400	57603	58092	58627	58955	59487	58683				
Produktion, gesamt ²⁾	1947/49 = 100	D	140	142	143	143	144	143	143	141	143	141	141	136	142	144				
" Verarb. Industrie	"	"	142	144	145	145	146	145	144	142	144	143	143	137	143	146				
" Bergbau	"	"	121	123	123	125	129	131	131	130	130	129	130	122	128	129				
Lagerhaltung der verarb. Ind. ³⁾	Mill. \$	E	44315	44703	45356	45669	45923	46299	46897	47433	0)47958	0)48566	0)49060	49238	49422	49400				
Außenhandel, Generaleinfuhr	"	S	960	0) 946	0)1011	1065	0)1008	0)1074	0) 1051	0) 1102	0) 990	0)1091	1032	1051	1049	1012				
Generaleinfuhr	"	"	30317	0)1256	0)1396	0)1322	0)1405	1280	1358	0) 1580	0)1511	0)1716	1689	1614	1516	1541				
Goldbestand, gesamt	"	E	21682	21684	21686	21688	21690	21693	21695	21716	21743	21772	21799	21830	21858	21894				
Zahlungsmittelumlauf, gesamt	"	"	167343	168967	175779	173190	200523	187361	162105	189793	176760	185584	186540	181284	183819	167154				
Bankdebitoren, gesamt ⁴⁾	"	S	0)33526	0)36129	0)36573	0)37114	0)38648	0)37848	0) 37474	0)37761	0)38222	0)38919	39454	39478	39878	.				
Konsumkredite,	"	"	1638	1627	2646	1840	1913	1710	1998	1787	0)1876	0)2128	2161	1936	1479	.				
Emissionen,	"	"	644	670	1162	632	900	579	704	790	0) 816	0)1144	830	1026	654	.				
Neues Kapital ⁵⁾	"	"	311	323	306	322	327	323	324	347	351	344	341	357	357	344				
Aktienkurse (480 Aktien) ⁷⁾	1947/49 = 100	D	113,2	113,1	113,6	113,7	112,4	113,3	113,9	113,2	111,2	110,6	110,5	110,3	108,4	105,8				
Kurse festverzinslicher Werte ⁸⁾	"	"	5848	6180	2988	5527	5337	4915	7158	12499	5562	7107	12574	3927	5959	.				
Staatseinnahmen	Mill. \$	S	6225	5340	5355	5172	5651	5274	4950	5399	5387	5467	6783	5542	5902	.				
Staatsausgaben	"	"	110,9	111,7	111,6	111,2	111,3	111,9	112,4	112,8	113,6	114,4	114,2	114,0	114,7	115,3				
Großhandelspreise ⁹⁾	1947/49 = 100	D	114,5	114,9	114,9	115,0	114,7	114,6	114,6	114,7	114,9	115,4	116,2	117,0	116,8	117,1				
Lebenshaltungskosten ¹⁰⁾	" = 100	M																		
Großbritannien																				
Beschäftigte, gesamt ¹⁾	1000	E	23026	23030	23069	23136	22998	22988	22951	22953	22990	23017	23031	23055	23099	23085				
Registrierte Arbeitslose	"	"	199,7	202,2	215,2	225,9	215,6	263,9	275,6	265,5	251,5	237,4	222,6	238,1	266,5	247,6				
Produktion, gesamt ¹¹⁾	1948 = 100	D	118	140	145	146	138	139	0) 142	0) 141	0) 137	0) 136	142	128	115	140				
" Metallindustrie	"	"	121	146	0) 152	152	142	143	0) 146	0) 145	0) 146	0) 147	147	131	115	.				
" Textilindustrie	"	"	95	118	124	125	111	122	123	119	115	113	120	101	.					
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. £	S	332,3	294,2	321,0	331,5	325,2	332,1	295,6	316,9	0)313,6	315,6	327,7	310,3	314,1	285,9				
Spezialeinfuhr	"	"	264,2	243,2	267,8	262,2	257,7	246,1	271,3	256,4	283,8	276,1	266,2	253,4	222,2					
Bank von England, Goldbestand	"	E	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4					
Notenumlauf	"	"	1782,3	1766,4	1770,3	1795,7	1899,6	1770,7	1787,9	1841,3	1848,7	1871,3	1893,4	1979,2	1907,5	1881,4				
Emissionen, gesamt ¹²⁾	"	S	212,1	45,1	22,3	50,4	24,0	11,0	20,8	61,4	21,3	29,8	22,4	15,5	6,5	27,3				
Aktienkurse (Financial Times)	1935 = 100	D	201,9	194,7	187,3	189,9	197,2	193,1	180,3	175,6	187,7	188,1	177,7	179,4	182,7	181,2				
Staatseinnahmen	Mill. £	S	435,5	236,0	295,6	375,1	354,4	836,4	693,1	521,5	269,7	335,6	306,6	283,3	374,8	362,8				
Staatsausgaben	"	"	437,8	311,0	323,3	352,0	486,1	336,7	386,4	548,1	324,4	311,2	428,0	301,9	397,0	488,8				
Großhandelspreise industrieller Güter ¹³⁾	30.6. 1949 = 100	D	130,0	130,9	131,4	132,0	132,5	133,3	134,1	134,8	135,1	135,4	0)135,4	135,7	135,8	136,1				
Lebenshaltungskosten ¹⁴⁾	Juni 1947 = 100	"	149	150	152	154	154	153	153	155	158	157	157	156	157	157				
Frankreich																				
Arbeitslose ¹⁵⁾	1000	E	43,2	38,1	41,4	42,7	44,0	48,5	49,7	44,7	38,9	33,2	28,6	25,1	23,8	21,2				
Produktion ¹⁶⁾	1938 = 100	D	134	168	174	185	179	184	181	0) 188	0) 193	0) 200	0) 196	186	144	151				
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mrd. frs.	S	133,7	125,2	124,4	140,1	176,7	124,9	147,1	172,3	164,0	174,4	175,4	166,2	150,0	151,1				
Spezialeinfuhr	"	"	127,4	115,3	139,3	137,5	201,3	119,3	123,1	141,8	140,3	129,4	139,0	134,9	120,1	118,1				
Bank v. Frankreich, Goldbestand	"	E	201	201	201	201	301	301	301	301	301	301	301	301	301	301				
Notenumlauf	"	"	2674	2693	2717	2737	2820	2807	2847	2877	2872	2862	2890	2932	2979	2982				
Emissionen v. Obligationen	"	S	6,0	22,1	47,6	10,3	16,7	5,9	2,6	20,2	20,5	0,1	.	26,2	0					
Aktienkurse (122 Ind.-Akt.)	1949 = 100	D	334	354	334	319	326	316	309	327	341	344	361	393	381	380				
Kurse festverzinslicher Werte	"	"	129,3	129,6	129,1	129,2	130,6	132,2	132,9	133,6	135,9	135,5	135,8	134,5	128,9					
Großhandelspreise (319 Waren)	"	"	134,9	136,6	136,4	137,4	137,7	138,9	142,9	140,2	141,4	142,7	140,9	140,3	142,4	141,6				
Lebenshaltungskost. (Paris, 34W)	"	"	143,0	144,5	146,0	146,1	146,3	146,8	147,9	148,1	147,5	148,5	147,1	146,7	147,1	148,3				
Niederlande																				
Arbeitslose ¹⁾	1000	E	44,0	41,6	44,3	55,1	77,5	84,6	88,9	59,6	46,3	35,0	34,4	35,3	34,1	29,6				
Produktion, arbeitsfähig	1949 = 100	D	139	154	159	157	157	147	145	156	162	0) 169	167	152	149	.				
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. hfl.	S	936	1060	1047	1145	1047	1153	996	1084	1193	1136	1222	1227	1156	.				
Spezialeinfuhr	"	"	810	991	987	972	898	937	740	861	982	933	899	796	857	.				
Niederländ. Bank, Goldbestand	"	E	3046	3046	3166	3241	3275	3301	3315	3322	3271	3231	3226	3226	3230					
Notenumlauf ¹⁸⁾	"	"	3770	3715	3866	3852	3955	3877	3876	3851	3885	4006	0)3925	4141	3998	2915				
Emissionen ¹⁹⁾	"	S	43,6	60,3	461,5	40,8	73,1	58,9	37,1	8,8	61,6	428,3	91,1	29,4	3,5	90,5				
Aktienkurse	1953 = 100	D	223,2	232,0	212,5	215,8	221,9	216,8	209,1	218,2	223,0	230,0	218,8	224,6	217,4	214,0				
Großhandelspreise	1948 = 100	"	136	136	137	137	137	138	139	140	142	139	139	138	.					
Lebenshaltungskosten	1951 = 100	M	106	105	105	105	105	105	106	107	107	106	108	107	108	.				
Belgien																				
Arbeitslose ²⁰⁾	1000	D	111	110	113	130	173	236	342	166	135	115	113	98	100	87				
Produktion, gesamt ²¹⁾	1953 = 100	"	105	115	116	114	118	0) 112	105	0) 122	112	114	118	.	.	.				
Außenhandel, Spezialeinfuhr	Mill. frs.	S	11252	11790	13054	12315	13233	12347	11675	13937	0)13241	0)13699	13639	13147	13128	.				
Spezialeinfuhr	"	"	10319	11714	13539	11813	14424	13075	11725	13330	0)13593	0)14175	13873	12148	12105	.				
National Bank, Goldbestand	"	E	42800	43800	46000	46100	46400	46600	47800	47600	48400	47900	47600	47700	48200	48600				
Notenumlauf	"	"	106300	105000	104600	106300	106400	105100	106600	105000	107000	107200	106600	110500	108700	108200				
Aktienkurse	1953 = 100	D	169																	